

Heilands undurchsichtige Manipulationen

Finanzskandal in Marl

In der Stadt der „sozialen Ideale“ fehlen über 1,5 Millionen DM

Die Stadt- und Amtsgemeinde Marl, in der nach Ansicht des parteioffiziellen sozialdemokratischen „Vorwärts“ wie in kaum einer anderen Stadt der Bundesrepublik die „Umsetzung sozialistischer Ideale in die nüchterne, pragmatische Welt der Stadt und Verkehrsplanung“ gelungen ist, hat durch undurchsichtige Finanzmanipulationen ihres Anfang Mai verstorbenen Bürgermeisters und SPD-Bundestagsabgeordneten Rudi Heiland 1,55 Millionen DM verloren. Die näheren Hintergründe für die Transaktion und andere Pläne, an denen auch die SPD-Ratsfraktion beteiligt war, wird jetzt ein Ausschuß prüfen.

Eine erste Folge des für die SPD peinlichen Finanzskandals ersten Ranges ist, daß das pompöse Marler Rathaus ein 40-Millionen-DM-Projekt — in absehbarer Zeit nicht um einen dritten Turm mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen DM erweitert wird. Unter dem Druck der Öffentlichkeit hatten SPD und FDP am 19. Juli im Marler Rat nicht gegen einen entsprechenden Antrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Marler Amtsrat stimmen können. Noch vier Wochen vorher, am 21. Juni, hatten SPD und FDP gegen den Widerstand der CDU das Gegenteil erzwingen wollen.

Der plötzliche „Sinneswandel“ der Sozialdemokraten ist allein auf den Finanzskandal und andere undurchsichtige Transaktionen des früheren Bürgermeisters Heiland zurückzuführen, die erst jetzt in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. In den Jahren 1962 und 1963 hat Marls Stadtkämmerer Dr. Seyfert auf Anweisung Heilands ohne Wissen des Rates einem Berliner Makler-Büro in Teilbeträgen von 50 000 bis 500 000 DM insgesamt 1,55 Millionen DM ohne Sicherheiten überwiesen. Nach einem Bericht der „Ruhr-Nachrichten“ vom 16. Juli soll Heiland dessen Inhaber „sehr gut gekannt“ haben. Das Geld ist weg.

Sechs Tage vor Heilands Tod platzte der erste Scheck in Höhe von 50 000 DM, der zur Rückzahlung fällig gewesen wäre. Die Zahlungsfrist wurde bis zum 23. Juni verlängert. Erst als dann immer noch kein Geld eingegangen war, informierte der Stadtkämmerer die zuständigen Stellen. Bei ersten Untersuchungen stellte sich schnell heraus, daß die Berliner Firma, die den Namen nach als Bank gelten konnte, in Wirklichkeit lediglich ein Makler-Büro mit drei Angestellten war. Ihre Kassen sind

leer, die Zahlungsunfähigkeit ist inzwischen erwiesen.

Zwar will der Inhaber, dessen Name bisher aus unerfindlichen Gründen verschwiegen wird, mit seinem Privatvermögen haften. Jedoch ist die Hoffnung nicht allzugroß, daß Marl noch viel von dem vergeudeten Geld der Steuerzahler wird retten können.

Im vergangenen Jahr war die Transaktion schon einmal im Rechnungsprüfungsbericht zur Sprache gekommen. Als die CDU Aufklärung über die Marler „Berlin-Hilfe“ verlangte, wurde ihr von der SPD erklärt, Bürgermeister Heiland

habe die Garantie für die Bonität der „Berliner Privatbank“ übernommen. Schließlich drohten die Sozialdemokraten, denen bedeutet worden war, daß Steuergelder einer Gemeinde nur auf örtliche Institute gehörten, daß man dann künftig kein Geld mehr bei der Marler Spar- und Darlehenskasse anlegen werde. Dessen Leiter ist der frühere CDU-Fraktionsvorsitzende in der Marler Amtsvertretung.

Ein Vierteljahr vorher hatten Heiland und die SPD-Fraktion schon einmal ein merkwürdiges Geschäft mit einem bis dahin unbekanntem Unternehmer machen wollen. Eine Firma Centra-Plan AG aus Aachen wollte ein Grundstück in Marl-Sinsen erwerben und hatte sich dafür verpflichtet, darauf vier 12 stöckige Häuser zu bauen. Deren Vorsitzenden wollte Heiland schon seit zehn Jahren kennen.

Bei genaueren Nachforschungen stellte sich heraus, daß die Firma in Aachen völlig unbekannt war, sie war auch unter der angegebenen Adresse (Theater-

Fortsetzung Seite 3

Versprochen und gehalten

Bundestagswahlkampf in Bayern eröffnet

Die Christlich Soziale Union hat mit einem Landesparteitag in Nürnberg den Bundestagswahlkampf offiziell eröffnet. Hauptredner der Parteiveranstaltung waren der CSU-Landesvorsitzende Strauß und Bundeskanzler Erhard, die das deutsche Volk aufriefen, den bisherigen erfolgreichen Aufstieg auch durch eine fünfte CDU/CSU-Bundesregierung fortzusetzen.

Als erster Redner der Kundgebung in der Nürnberger Meistersingerhalle erklärte Franz Josef Strauß:

„Die Bundestagswahlen stehen vor der Türe. Wir befinden uns schon inmitten der großen Auseinandersetzungen, an deren Ende der Wähler des Bundes zum 5. Mal seit Gründung unseres Notstaates an die Urnen gehen wird.“

Wenn es dabei allein um sachliche Gesichtspunkte ginge, bräuchten wir überhaupt keinen Wahlkampf zu führen und keine Sorgen für den Wahlausgang zu haben. Denn die Tatsachen sprechen für sich selbst.

Der unbestreitbare und gerade von den breiten Massen unseres Volkes anerkannte Erfolg der Marktwirtschaft hat sogar die SPD gezwungen, ihre wirtschaftspolitischen Auffassungen zu revidieren und erheblich an die früher von ihr so bekämpfte marktwirtschaftliche Konzeption anzugleichen. Das heißt aber nicht, daß eine in der Wahl erfolgreiche SPD auf die Dauer nicht doch wieder der sozialistischen Erbsünde unterliegen und den alten planwirtschaftlichen Adam wieder hervorkehren würde. Der Kanzlerkandidat der SPD hat deshalb auch vorsorglich seine

Fortsetzung Seite 2

Versprochen und gehalten

Fortsetzung von Seite 1

wirtschaftspolitischen Auffassungen in sehr unverbindlicher Weise geäußert, so daß jeder für sich daraus entnehmen kann, was er will. Ja und Nein zur Investitionskontrolle, Ja und Nein zu Steuererhöhungen. Ja und Nein zu einer Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes! Das ist kein sicherer Boden, auf den der deutsche Wähler treten kann, wenn er wissen will, was ihm von einer Regierung Willy Brandt blühen würde.

Wir haben in dieser Legislaturperiode nicht dem Grundsatz gehuldigt, Geld spielt keine Rolle — auch in den letzten Wochen nicht. Aber wir müssen schärfer die Ausgabenwünsche einer Kontrolle unterziehen. Wir wissen sehr genau, in welch geradezu unvorstellbarem Maße der Bundeshaushalt steigen würde, wenn die SPD ihre Ziele und Wünsche verwirklichen könnte; selbst wenn nur ein Teil der Forderungen der SPD von ihr selbst verwirklicht werden könnte, so stiege unser Bundeshaushalt um viele Milliarden zusätzlicher jährlicher Dauerlasten. Eine handfeste Steuererhöhung wäre unausbleiblich — und sie wäre — darüber sollte man sich nicht täuschen lassen — generell. Die letzten Ausführungen der sogenannten Mannschaft, insbesondere der Wirtschafts- und Finanzexperten Möller und Schiller, haben dies ganz deutlich gemacht.

Wir brauchen eine starke wirtschaftliche Grundlage als Voraussetzung für eine stabile und kontinuierliche Politik aber nicht nur, um die großen Fragen unserer inneren Ordnung gut zu lösen, sondern weil wir mitten im Ringen um den Zusammenschluß Europas und mitten im Kampf um die Einheit unserer Nation stehen. Es ist durchaus wichtig und richtig, daß wir unserer Politik eine positive Note geben; nur sollten wir dabei nicht vergessen, sie in einer Beziehung zur Wirklichkeit zu halten. Die jüngsten Vorgänge um Berlin sollten uns gezeigt haben, daß die Zeit nicht für uns arbeitet, wenn wir nicht entschlossen die Gewichte der großen Politik zu unseren Gunsten verändern.

Viele bei uns verdrängen die großen Probleme, die sich aus der notwendig gewordenen Neugestaltung der Politik unserer Alliierten ergeben. Sie meinen offensichtlich, daß die deutsche Frage unberührt davon bleibe, solange unsere Bundesgenossen noch wohlwollende und allgemein gehaltene Erklärungen abgeben. Andererseits beginnt man bei uns, die Kräfte des sozialistischen Lagers und deren Offensiv-Willen zu unterschätzen. Man tut ganz so, als ob die Polen schon auf dem besten Wege zur Demokratie seien, nur weil sie bei ihren letzten Wahlen die Möglichkeit hatten, sich für den einen oder anderen kommunistischen Kandidaten zu entscheiden.

„Ich habe immer davor gewarnt, die viel zitierten kleinen und mittleren Schritte in Richtung auf die Zone als ein Mittel unserer Wiedervereinigungspolitik zu betrachten. Manche glauben damit den Osten aufzuweichen, ohne zu bemerken, daß sie nur sich selbst aufweichen. So sehr uns daran gelegen sein muß, die menschlichen Bindungen zwischen Hüben und Drüben zu erhalten und zu verstärken, so unheilvoll kann sich nur jede Annäherung an das Sowjetzonenregime für

Deutschland auswirken. Jetzt ist es so weit, daß der Westen schon mit kleinen Schritten in Berlin zurückzuweichen beginnt.“

Ohne daß die Verantwortlichkeit der Siegermächte und besonders das amerikanische Engagement in der deutschen Frage eingeschränkt werden, muß es uns gelingen, die westliche Position zu stärken. Das ist nur dadurch möglich, daß wir unser nationales Anliegen zu der Sache einer westeuropäischen Gemeinschaftspolitik machen. Aus diesem Grunde allein dürfen wir in unseren Bemühungen, die politische Aktionsgemeinschaft der westeuropäischen Staaten zustandebringen, nicht nachlassen. Wenn die EWG-Länder dem Osten gegenüber als geschlossene, wirtschaftliche und politische Gruppe auftreten und handeln, werden sie in der Lage sein, auf die Einbruchsversuche der östlichen Seite mit wirkungsvollen Maßnahmen zu antworten.

Das Schicksal zukünftiger deutscher Generationen diesseits und jenseits der Elbe hängt davon ab. Die Sozialdemokraten haben dies noch lange nicht begriffen und auch bei der FDP denkt man vielfach noch in Kategorien von gestern oder vorgestern.

Worauf will denn Herr Erler hinaus, wenn er sich öffentlich Träumereien über ein bündnisfreies Gesamtdeutschland — selbstverständlich nach Amputationen der deutschen Ostprovinzen — hingibt, indem er meint, so etwas hätte in den frühen

Immer hat sich die SPD blamiert

Bundeskanzler Erhard, der dem CSU-Landesparteitag die Grüße der CDU überbrachte, bekräftigte am Anfang seiner Rede den Willen der Unionsparteien, die Zusammenarbeit in guten wie in schlechten Tagen fortzusetzen.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede sagte der Bundeskanzler u. a.: „Ich bin der Meinung, daß die Wiedervereinigung von der Formierung Europas überhaupt nicht zu trennen ist. Wir wollen die Schatten, die jetzt auf das Einigungswerk gefallen sind, ernst nehmen, aber uns nicht irre machen lassen. Europa ist nicht mehr zurückzudrehen. Wir sind gemeinsam eine schon zu große Strecke gegangen, als daß wir noch rückwärts gehen könnten. Bei den Verhandlungen in Brüssel geht es nicht um eine Agrarfinanzreform, sondern es geht um die Frage, ob jedes Land reif ist für den Gedanken der Supranationalität oder sogar bereit ist, auf nationale Souveränitätsrechte zu verzichten. Europa kann nicht auf die Dauer getrennt bleiben; auch die Ostblockstaaten werden eines Tages nach dem Westen schauen und es wird sich eine Atmosphäre entwickeln, die neue Perspektiven eröffnet.“

Neben der Erhaltung von Frieden und Freiheit nannte Bundeskanzler Erhard als zweites Ziel der Union, die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität, ohne die kein Wohlstand möglich sei. „Was wir brauchen“, erklärte er, „ist eine Leistungsgemeinschaft, denn soziale Sicherheit ist nur auf dem Boden von Erfolgen möglich. Wenn die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht bestehen kann, würden dem einzelnen und dem Volk auch keine Gesetze helfen, die die soziale Sicherheit gewähren sollen.“

50iger Jahren verwirklicht werden können. Was meint Herr Erler, wenn er jetzt und heute die Aufnahme Englands in die EWG herbeisehnt, wohl wissend, daß die Labour-Regierung Bedingungen stellt, die das Ende dieser Gemeinschaft und aller Integration bedeuten. Was verspricht Herr Brandt sich von einem politischen Alleingang, den er als Kanzler nach Moskau unternehmen möchte? Ulbricht jedenfalls hat ihm schon erklärt: „Daß dabei immer etwas Gutes herauskommt.“

Oder wie dürfen Herrn Carlo Schmid's Illusionen interpretiert werden, der die atlantische Gemeinschaft nur deshalb stärken möchte, damit eines Tages ein Vertrag von Wien für Deutschland ausgehandelt werden könnte? Deutlicher können doch die Vorstellungen und Ziele der SPD gar nicht mehr zum Vorschein treten: Europa soll für die Illusion eines neutralisierten, amputierten und isolierten Deutschland in Europas Mitte geopfert werden. Das alte Elend kollektiver Sicherheitspolitik wird hier in neuer Fassung wieder heraufbeschworen. Verhältnisse also, die um kein Haar besser werden könnten als jene, die uns einen Hitler und mit ihm einen Zweiten Weltkrieg gebracht haben.

Deutschland, Europa und die ganze freie Welt können sich die Reise in die Vergangenheit, für die die Sozialdemokraten den Koffer gepackt haben, nicht mehr leisten. Das billige Spiel der FDP mit der nationalen Ungeduld ist gefährlich. Wir brauchen eine Außenpolitik, die sich dem Tempo der technischen und wissenschaftlichen Revolution, in der wir stehen, anpaßt.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede richtete Erhard scharfe Angriffe gegen die Sozialdemokraten. „Die SPD tut so, als ob sie die Gemeinschaftsaufgaben erfunden hat“, sagte der Bundeskanzler und erinnerte in diesem Zusammenhang an die großartigen Leistungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Wohnungs- und Straßenbaues und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. „Wären dies nicht Gemeinschaftsaufgaben allererster Dringlichkeit?“ rief Erhard aus.

„Die SPD gefällt sich darin, in Chaos zu machen. Während meiner ganzen Zeit als Politiker hat mich die Schwarzmalerei der SPD begleitet. Aber immer hat sich die SPD blamiert. Vor einiger Zeit war ich bei den Sozialdemokraten als Maßhalte-Kanzler verschrien, heute behaupten sie das Gegenteil und nennen mich Kanzler des Finanzchaos.“

Die große Masse der SPD und ihrer Funktionäre haben dem alten Konzept sozialistischer Marktwirtschaft nicht abgeschworen. Jeder hat ein Recht auf Irrtum, aber die SPD hat dieses Recht in Erbpacht genommen.

In sozialistischen Ländern sind die Preise viel mehr angestiegen als bei uns. Es ist deshalb unbegreiflich, daß die SPD ihre Patentrezepte, wie die Preise niedrig zu halten sind, nicht an ihre Parteifreunde in England oder in den skandinavischen Staaten verrät.“

Zum Schluß erklärte Prof. Erhard:

„Wir haben die Wahlen immer durch Kampf gewonnen. Was wir versprochen, haben wir gehalten. Die Wechsel, die ich ausstellen muß, werde ich einlösen im Gegensatz zu Brandt — seine Wechsel gehen zu Protest.“

2,3 Mill. Wohnungen in vier Jahren

Erfolgreiche Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung

Es war eine kleine Sensation: In seiner vorletzten Sitzung am 16. Juli folgte die Länder-Vertretung nicht der Empfehlung des federführenden Wohnungsbauausschusses, den „Entwurf eines Gesetzes zur verstärkten Eigentumsbildung im Wohnungsbau und zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen“ dem Vermittlungsausschuß zuzuleiten.

Der Bundesrat stimmte dem Gesetz mit großer Mehrheit zu. Es enthält neben einer verstärkten Förderung der breiten Eigentumsbildung vor allem für kinderreiche Familien, eine Konzentration der öffentlichen Wohnungsbauförderung für junge Ehepaare, kinderreiche Familien und alte Menschen sowie eine Verschärfung der Zweckbindung der öffentlich geförderten Sozialwohnungen für den berechtigten Personenkreis. Anschließend billigte die Vertretung der Länder das Gesetz zur Verlängerung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft um zwei Jahre, das Wohnungstischprobengesetz und das Gesetz zur Änderung des Bergarbeiterwohnungsbaues, das den Bergleuten das Wohnrecht erhält, deren Betriebe bei der Rationalisierung des Steinkohlenbergbaues stillgelegt wurden oder künftig schließen müssen.

In Bonner politischen Kreisen ist man sich darin einig, daß während der letzten vier Jahre die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung ungewöhnlich erfolgreich war. Nicht nur, daß in keiner der vorangegangenen Legislaturperioden so viele Wohnungen gebaut werden konnten (2,3 Millionen), daß auch in diesen vier Jahren die Wohnungen ständig

größer und besser wurden und daß zum ersten Male seit sechs Jahren die Kurve der Baupreissteigerungen merklich abflachte; es wurden auch mehrere Gesetzentwürfe verabschiedet, deren Bedeutung für die Zukunft unübersehbar ist. Dazu gehören neben dem bereits genannten Wohnungsbauänderungsgesetz:

- die abschließenden Gesetze zum sozialen Mietrecht mit wesentlichen Verbesserungen für den Mieter —
- das für die wirtschaftliche Sicherung des notwendigen Mindestmaßes an Wohnraum entscheidende Wohngeldgesetz —
- ein Raumordnungsgesetz, das die wesentliche gesetzliche Grundlage für die gesunde Gestaltung unserer räumlichen Umwelt bildet.

Gewiß mußte der Bundeswohnungsminister in diesem und jenem Punkt Abstriche hinnehmen. In jedem Falle aber blieb seine Konzeption erhalten. Und darauf kommt es an. Daß der „Entwurf eines Gesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in Stadt und Land“ (Städtebauförderungsgesetz) nur noch dem Parlament vorgelegt, aber nicht mehr verabschiedet werden konnte, ist kein Schade. Denn Städtebau und Dorferneuerung sind langfristige Aufgaben. Die Verabschie-

Finanzskandal in Marl

Fortsetzung von Seite 1

platz 3) nicht zu finden. Vielmehr wurde sie erst Wochen nach der Besprechung in den zuständigen Gremien im Marler Rat gegründet.

Eine Firma mit demselben Namen tauchte im Frühjahr 1965 noch einmal in den kommunalpolitischen Plänen des von der SPD beherrschten Marl auf. Diesmal als Schweizer Unternehmen angekündigt, sollte sie ein Gutachten über die Stadtkernplanung erstellen und auch dieses lukrative Großprojekt in die Hand nehmen.

Inzwischen sind berechtigte Vermutungen aufgetaucht, daß alle drei Firmen, das Makler-Büro, die Centra-Plan AG in Aachen und auch das Schweizer Unternehmen von demselben Mann geführt werden bzw. wurden, den Heiland angeblich sehr gut gekannt habe.

In der letzten Marler Ratssitzung am 19. Juli wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Geldbewegungen der Stadtkasse in den letzten Jahren beschlossen, auf dessen Ergebnis die Öffentlichkeit gespannt wartet.

Unerfindlich ist, warum die SPD den Antrag der CDU ablehnte, einen Untersuchungsausschuß zu berufen, in dem SPD, CDU und FDP paritätisch mit je zwei Abgeordneten vertreten sind. Die CDU meinte zur Begründung, daß dadurch ein Höchstmaß an Objektivität gewährleistet sei. Nach dem Willen der SPD, die die Mehrheit hat, setzt sich

der Ausschuß jetzt aus drei SPD-, zwei CDU-Vertretern und einem FDP-Abgeordneten zusammen. Die SPD kann demnach jede für sie peinliche Entscheidung, die zu fällen wäre, durch ihre Stimmen blockieren.

Über die Motive für die fragwürdigen Geldgeschäfte in Marl besteht noch keine Klarheit. Polizei und Staatsanwaltschaft sind bisher noch nicht eingeschaltet worden, weil — wie gleichfalls den „Ruhr-Nachrichten“ vom 16. Juli zu entnehmen war — die Prüfung nach strafrechtlichen und disziplinarischen Gesichtspunkten noch nicht abgeschlossen ist.

Eine Konsequenz ist im Marler Rathaus immerhin schon gezogen worden. Das trauerumflorte Porträt Heilands ist aus dem Bürgermeisterzimmer entfernt worden.

- So sieht es hinter den Kulissen der sozialdemokratischen Musterstadt Marl aus, die vom SPD-Pressedienst noch am 7. Mai 1965 als „Mekka aller Kommunalpolitiker“ gerühmt wurde. Tatsächlich hat allein schon der Schuldendienst für die Rathausdarlehen — um zum Ausgangspunkt zu kommen — die etatmäßige Bewegungsfreiheit der zum Amt Marl gehörigen Gemeinden unverantwortlich stark eingeschränkt.
- So schrumpften die frei verfügbaren Mittel der beiden Gemeinden Polsum und Altendorf-Ulgkolte von 1964 bis 1965 um 55 bzw. 45 Prozent zusammen.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

eigentlich ist es schade, daß die Bücher des Schriftstellers Günter Grass weiten Teilen unseres Volkes unbekannt sind. Das ist ganz natürlich, denn selbst ein Buch mit hoher Auflage erreicht immer nur einen kleinen Teil aller derjenigen, die in der Schule das Lesen gelernt haben. Aber wer die Bücher dieses Mannes kennt, der kann sich nur wundern, daß die SPD es sich nicht verbeten hat, ausgerechnet von ihm unterstützt zu werden.

Nun reist er herum und preist die Es-Pe-De, wie er schreibt, er preist den SPD-Vorsitzenden Brandt, den er zuweilen ein „liebes Schätzchen“ nennt, und er trommelt Propaganda für einen Gedanken, der nun schon ganz und gar peinlich ist: für den Verzicht auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Seine erste Wahlreise, die im wesentlichen durch die Universitätsstädte führte, hat er jetzt beendet. Wenn man seiner Selbstreklame Glauben schenken kann, dann hat er bei dieser Reise 29 400 Zuhörer gehabt.

Mittlerweile ist es der Partei, der er nutzen möchte, ein bißchen peinlich geworden. Obwohl in verschiedenen Städten ein Mitglied des SPD-Schattenkabinetts seinem Austritt parteiamtliche Würde gab, will man jetzt in der Bonner Baracke nichts davon wissen, daß der Propagandist offizielle SPD-Propaganda treibt. Natürlich geht es dabei um Grassens Wunsch, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und in der Eifel oder sonstwo Städte wie „Neukönigsberg“, „Neu-Allenstein“ oder „Neu-Breslau“ zu gründen. Das ging den Parteioffiziellen über die Hut, und sie liebten durch den Parteiprecher verkünden, Grass sei als Privatmann gereist und habe auch seine Privatmeinung zum besten gegeben.

Wenn die Zeitungen recht berichten, dann sind aber nicht alle SPD-Offiziellen so strikt von Grass abgerückt. Es gibt im Gegenteil Landespolitiker der SPD, die keinen Grund zur Distanzierung sehen. Wie die Vertriebenen darüber denken, danach braucht man allerdings nicht zu fragen. Bei alledem bezeichnet Grass die Versuche der SPD, von seinen Meinungen abzurücken, schlicht als „lästig“. Schließlich weiß Grass ja, daß er ab 1. August, von der SPD offiziell berufen, im Berliner „Büro Willy Brandt“ mit der Korrektur der Reden seines SPD-Schätzchens betraut sein wird und daß die Partei ihm keineswegs böse ist. Unklarheit und Fackelei in der Frage der Oder-Neiße-Linie bleibt zurück; Unzulässigkeit in großen nationalen Fragen ist die unangenehme Erinnerung, die an der SPD haften wird. An ihren Freunden, so könnte man sagen, sollt Ihr sie erkennen.

Ihr Konrad Kraske

Saarprogramm bis 1970

Aus der Regierungserklärung von Dr. Röder

Unter der Devise „Saarprogramm bis 1970“ verkündete der saarländische Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder am 19. Juli seine Regierungserklärung, nachdem sein neues Kabinett von Landtagspräsident Josef Schmitt vereidigt worden war.

Auf die einzelnen Ressorts eingehend, kündigte der Ministerpräsident für die Justiz neue Wege zur Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher an. Im Innenministerium wird die Schaffung einer einheitlichen Schutzpolizei wie auch der weitere Ausbau des Zivilen Selbstschutzes als vordringlich bezeichnet. Das Ministerium für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau wird für die Fertigstellung der Fernstraßen in der neuen Legislaturperiode 110 Mill. DM pro Jahr investieren.

Das Arbeitsministerium legt einen Zehnjahres-Krankenhausplan vor, und das Kultusministerium baut das Erziehungswesen mit dem Ziel aus, ein breites, differenziertes Bildungsangebot vorzulegen, das der Mannigfaltigkeit unterschiedlicher Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen weitgehend gerecht wird.

In einem Montanland wie der Saar lagen die wichtigsten Akzente des Ausblicks naturgemäß bei den Problemen der Zechen und Hütten. Dr. Röder erinnerte an seine Regierungserklärung von 1961 und unterstrich, daß die damals verkündeten Vorhaben im wesentlichen erfüllt worden sind. Das Saarland habe die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Eingliederungs- und Anpassungsphase mit Erfolg überwunden.

Haniel-Niethammer 70 Jahre alt

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz von Haniel-Niethammer, der sich auch in den Kreisen der Ost- und Mitteldeutschen großer Wertschätzung erfreut, wurde am 20. Juli 70 Jahre alt. Der gebürtige Kölner, der jetzt bei Landshut wohnt, ist im Vierten Deutschen Bundestag u. a. Mitglied des Ausschusses für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeächtigte.

Künftig Amtsgemeinden

Vorschlag der KPV Niedersachsen angenommen

Der Ausschuß für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung des CDU-Landesverbandes Hannover hat zur Raumordnung und Verwaltungsneugliederung in Niedersachsen Stellung genommen.

Der Ausschuß begrüßte, wie ein Sprecher betonte, daß die Initiative der CDU-Landtagsfraktion zur Bildung einer Kommission für Raumordnung, Landesplanung und Verwaltungsreform von niedersächsischen Innenminister aufgegriffen worden sei. Entgegen den Vorstellungen des Innenministers hält der Ausschuß aber eine paritätische Beteiligung von Vertretern der Selbstverwaltung, vor allem ehrenamtlicher Vertreter, für erforderlich.

Mit Interesse hat der Ausschuß davon Kenntnis genommen, daß der Innenminister sich nunmehr eindeutig auf die Bildung von Samtgemeinden unter Verzicht

Ein „Saarprogramm bis 1970“ sei deshalb vonnöten, weil die Dynamik der europäischen Entwicklung es den vorsorgenden Organen des Staates zur Pflicht mache, das Land so „aufzurüsten“, daß die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft und der gerechte Anteil jedes einzelnen an der wachsenden Wertschöpfung gerecht wird. Das Saarland zähle 1980 voraussichtlich 1 250 000 Einwohner. Es bleibe daher eine dringende Notwendigkeit, weiterhin um die Schaf-

Gleichberechtigt in der Union

Entfaltungsmöglichkeiten für Christen beider Konfessionen

Auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen/Lippe in Lüdenscheid, rief Außenminister Dr. Gerhard Schröder, zugleich Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises, die evangelischen Christen erneut auf, an der großen politischen Aufgabe im deutschen Volke aktiv mitzuwirken.

Durch den Zusammenschluß der Christen beider Konfessionen in einer politischen Partei sei beiden Kirchen eine größere Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeit garantiert worden. Gleichzeitig sei ein neues Gemeinschaftsgefühl und Gemeinschaftsgesinnung an Stelle des Gegeneinander getreten, dieses gerade im politischen Leben Verbindende sei im Interesse einer gesunden Demokratie sorgfältig zu pflegen.

Der Außenminister sprach sich für eine Parlamentsreform aus und glaubt, daß es für die Zukunft geboten erscheint, die Haushaltsverantwortung, analog der Praktiken in Großbritannien, der Bundesregierung allein zu übertragen. Finanzielle Ausgaben seien dem Parlament vorzuschlagen und von diesem zu bewilligen.

auf die sogenannten Großgemeinden festgelegt hat.

Wie ein Sprecher des Ausschusses abschließend erklärte, wurde der Vorschlag der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU auf Einführung der Bezeichnung „Amtsgemeinden“ (statt Samtgemeinden) als zweckmäßig erachtet.

Der Vorschlag sollte möglichst bald verwirklicht werden. Dann würde, wie in Nordrhein-Westfalen, der Ratsvorsitzende zum Amtsbürgermeister und der Hauptverwaltungsbeamte zum Amtsdirektor werden.

fung zusätzlicher Arbeitsplätze bemüht zu sein.

Das neue Regierungsprogramm wurde mit den 27 Stimmen der CDU und der FDP/DPS angenommen. Bei der namentlichen Abstimmung sprachen die 21 Abgeordneten der SPD und die beiden SVP/CVP-Mitglieder ein „Nein“ aus. Die Haltung der SVP/CVP-Abgeordneten Erwin Müller und Frau Maria Schweitzer entspricht den jüngsten Beschlüssen des Landespartei Vorstandes, der sich nach erregten Debatten dafür entschied, daß die beiden Parlamentarier vorerst in der Opposition bleiben. Diese Kehrtwendung nahm die CDU mit Gelassenheit hin, weil man es zur Zeit für opportun hält, die Auseinandersetzungen in der SVP/CVP nicht zu stören und abzuwarten, was auf dem außerordentlichen Landesdelegiertentag dieser Splittergruppe Ende Juli vor sich geht.

Eine stärkere Konzentrierung aller finanziellen Wünsche auf die Bundesregierung sieht Schröder als unbedingt notwendig an. Erforderlich sei es aber, daß dann ein System engerer Verklammerungen zwischen Bundesregierung und Parlament praktiziert werde. Eine Möglichkeit, diese Verklammerung zu erreichen, sieht Schröder in der Einsetzung parlamentarischer Staatssekretäre.

Auf die Berlinfrage eingehend, sagte Schröder, er glaube nicht, daß Ulbricht in naher Zukunft einen neuen Generalangriff auf Westberlin vorhabe. Erforderlich sei aber eine feste und entschlossene Haltung des Westens. Ulbricht ergreife jede Gelegenheit, um die Position Berlins zu untergraben und sich selbst aufzuwerten.

Die Lebenslage in der Zone habe sich nicht durch, sondern trotz des Ulbricht-Regimes verbessert. Aus dieser Tatsache sollte der Westen eine Demonstration gesamtdeutscher Verbundenheit machen. Die Tüchtigkeit unserer Landsleute in der Zone sei unter den schwierigen ihnen auferlegten Bedingungen des Ulbricht-Regimes hoch zu bewerten.

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen/Lippe, Albert Pürsten, MdL, konnte im Anschluß an das Referat des Außenministers darauf hinweisen, daß aus dem Bereich Westfalen ein qualifizierter Stamm von evangelischen Christen in den nächsten Deutschen Bundestag einziehen werde.

Es sei erfreulich, so stellte Pürsten abschließend fest, daß insbesondere die jüngere Generation in der CDU die Chance erhalte, die Zukunft nach dem christlichen Weltbilde gestalten zu helfen. In der Union hätten evangelische und katholische Christen ihren gleichberechtigten Platz.

SPD schlecht informiert

Rheinland-Pfalz bahnbrechend in der Lehrerbesoldung

Mit sichtlichem Behagen und nie ohne einen hämischen Unterton in der falschen Prophetenstimme hat die SPD jahrelang auf die besondere Rückständigkeit von Rheinland-Pfalz hingewiesen. Eine sachliche Betrachtung der in den letzten Jahren geleisteten, erfolgreichen kulturpolitischen Arbeit zeigt, wie bewußt sich die Sozialdemokraten gegen die Wirklichkeit verschließen.

In diesen Tagen ist der Bericht des rheinland-pfälzischen Ministers für Unterricht und Kultus, Dr. Orth, veröffentlicht worden. Danach konnte durch die Verfassungsänderung von 1964 vor allem das ländliche Schulwesen reformiert und den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen angepaßt werden. Den Schwerpunkt der kulturpolitischen Reformarbeit bildete 1964 die Einführung eines einheitlichen Mittel- und Unterbaues für die neusprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien. Auch ein Schulversuch, jeweils die fünften und sechsten Klassen der Realschulen und des Gymnasiums in gemeinsamen Jahrgangsklassen zu unterrichten, hat sich bewährt. Zudem weist der Bericht auf das steigende Interesse der Schüler hin, nach der vierten Klasse eine weiterführende Schule zu besuchen, die Zahl hat sich gegenüber der von 20 im Jahre 1959 auf 26 im Vorjahr erhöht. Ebenso ist die Zahl der Volksschüler beträchtlich gestiegen, die nach dem fünften oder siebenten Schuljahr an Aufbaugymnasien überwechseln.

Nach dem Bericht konnte auch die Einrichtung der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Lehrstühle an der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität mit über 90 Prozent nahezu abgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit dem wachsenden Lehrermangel kommt der am 6. 7. 1965 im Landtag verabschiedeten Novelle zum Landesbesoldungsgesetz von Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung zu. 30 000 Landesbeamte und 12 000 bis 15 000 Ruhestandsbeamte in Rheinland-Pfalz werden dadurch besser gestellt. Einzelne Beamtengruppen können mit einer Erhöhung ihrer Bezüge bis zu 10 Prozent rechnen.

Mit dem Gesetz werden jährliche Mehrausgaben in Höhe von 50 bis 60 Millionen DM erforderlich. Es bedeutet eine Novität in der Geschichte der Besoldungsgesetze der einzelnen Bundesländer, daß in Rheinland-Pfalz eine so ge-

nannte „Regelbeförderung“ eingeführt worden ist. Das heißt, in Zukunft kann jeder Beamte mit mindestens einer Beförderung im Laufe seiner Dienstzeit rechnen. Im einfachen und mittleren Dienst soll diese Beförderung ein Jahr nach der planmäßigen Einstellung, im gehobenen Dienst nach vier Jahren und im höheren Dienst mit der Erreichung der neunten Dienstaltersstufe die Regel sein.

Wie der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Dr. Hans Neubauer (CDU), bemerkte, hat Rheinland-Pfalz damit als erstes Bundesland eine solche fortschrittliche Regelung für die Lehrer eingeführt.

Fernsehen und Hörfunk

Als Kandidat der Union

Am 19. September werden auch Journalisten für die CDU/CSU kandidieren. Wir glauben, daß ein Gespräch mit diesen Kandidaten aus dem Bereich von Rundfunk, Fernsehen und Presse für unsere Leser interessant sein wird. Heute bringen wir ein Interview mit dem Leiter der Bonner Büros des Bayerischen Rundfunks, Dr. Max Schulze-Vorberg.

Frage: Welche Aufgaben, Herr Dr. Schulze-Vorberg, würden Sie für sich im Bundestag sehen?

Dr. Sch-V.: Jeder Bundestagsabgeordnete hat grundsätzlich eine Doppelaufgabe: neben der gesetzgeberischen Arbeit in Bonn hat er seinen Wahlkreis zu betreuen. Dabei würde es mein selbstverständliches Bestreben sein, den Wahlkreis Schweinfurt-Gerolzhofen-Kitzingen besonders zu fördern und damit dem Ganzen zu dienen. Meine Arbeit für den Bayerischen Rundfunk und die Fernsehdiskussionen erleichtern die Kontakte zu allen Schichten der Bevölkerung erfreulich. Es geschieht oft, daß ich auf frühere Kommentare, auf meine Reiseberichte aus Amerika, Afrika und Asien angesprochen werde. Häufig sind es Fragen nach Dr. Konrad Adenauer, den ich rund um die Welt begleiten durfte. Es ist unvergessen, daß der alte Kanzler 1955 — vor zehn Jahren — in Moskau für die Ehre des deutschen Soldaten kämpfte und unsere Kriegsgefangenen heimholte. Wenn ich von dieser Moskau-Reise berichte, habe ich immer besonders aufmerksame und oft dankbare Zuhörer.

Frage: Wie ist es eigentlich, wenn man vom Rundfunk und vom Fernsehen kommt und plötzlich ständig in Versammlungen direkt zur Bevölkerung sprechen muß?

Dr. Sch-V.: Die Erfahrungen der ersten 70 Vorstellungsversammlungen empfin-

NRW fördert Mittelstand

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hilft mit dem Landeskreditprogramm den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Diese können über die Kreditinstitute Anträge auf Gewährung zinsgünstiger Kredite bei den beiden Landesbanken einreichen, wenn die von ihnen geplanten Investitionen den Kreditrichtlinien der Landesregierung entsprechen. Hierfür stehen im laufenden Haushaltsjahr 152 Mill. DM zur Verfügung, die sich auf acht Kreditaktionen verteilen. Bei einem monatlichen Bewilligungsrahmen in Höhe von 12,5 Mill. DM kann einem wesentlichen Teil der Anträge entsprochen werden, vor allem solchen, die von Unternehmen des gewerblichen Mittelstandes auf Kredite von über 100 000 DM im Einzelfall gestellt werden. Die Landesregierung betonte jetzt noch einmal ausdrücklich, sie betrachte das Landeskreditprogramm als einen dauerhaften und unentbehrlichen Bestandteil ihrer auf die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungskraft gerichteten Mittelstands- und Strukturpolitik. Sie werde diese Politik daher auch in Zukunft konsequent fortsetzen.

de ich dankbar. Während für den Journalisten in Funk und Fernsehen große Distanzen zu den Hörern zwangsläufig bestehen bleiben, kommt es auf diesen Versammlungen täglich zu neuen direkten menschlichen Begegnungen. Eines ist mir dabei in bezug auf die Bonner Gesetzgebung bewußt geworden: sie erscheint vielen unserer Mitbürger als kompliziert. Unsere Gesetze enthalten allzu viele Sonderbestimmungen — oft sind sie von den großen Organisationen gefordert, die möglichst viele Sonderinteressen berücksichtigen wollen. Der kleine Mann und selbst mittlere Betriebe aber können die so gewährten Vorteile oft nicht oder erst zu spät erkennen und also nicht nutzen. Darum wird es unter allen Umständen mein ständiges Bestreben sein, einfache und klare Gesetze zu fordern.

Frage: Was sagt eigentlich Ihre Frau dazu, daß Sie ein Bundestagsmandat anstreben?

Dr. Sch-V.: Sie hat zunächst auf mein Kopfkissen ein Plakat gelegt: „Hier ruhte mein Mann, bevor er ein CSU-Kandidat wurde“. Aber ich glaube doch, daß meine Familie, auch die fünf Kinder, letztlich begrüßen, daß der Vater sich politisch exponiert. Meine älteren Söhne haben sich auch schon in der Welt umgesehen und wissen wie wir alle, den Wohlstand zu schätzen, die Ordnung, den friedlichen Aufbau, den unser Volk in der Bundesrepublik durch seinen Fleiß mit Adenauer und Erhard erreicht hat. Wir müssen diese von aller Welt bewunderte, viel beneidete Entwicklung sichern, den soliden Weg der Union weitergehen, in der endlich ein Erbübel, die Spaltungssucht nach Konfessionen und Klassen überwunden ist. Ich habe es als meine journalistische Aufgabe betrachtet — und dabei werde ich bleiben —, immer auf das Gemeinsame zu sehen. Bundeskanzler Ludwig Erhard, unser optimistischer Realist, zeigt uns das Ziel: die formierte Gesellschaft. ohg

SPD – Wienands Vision

Die geheime Vorliebe der SPD für Disengagement-Pläne à la Rapacki, die unlängst Prof. Carlo Schmid schon erkennen ließ, hat nun auch der „Wehrexperte“ der Sozialdemokraten, MdB Wienand, gezeigt. Vor der Göttinger Gruppe des Sozialistischen Deutschen Hochschulbundes (SHB) erklärte er, seiner Ansicht nach bähne sich eine militärische Truppenverdünnung der Sowjets in Mitteleuropa an. Dies entspreche einem Auseinanderreißen der Blöcke im Sinne eines Rapacki-Planes oder ähnlicher Überlegungen. Ob damit auch der unselige „Deutschlandplan“ der SPD gemeint war, konnte nicht festgestellt werden.

Soziales Gewissen der CDU/CSU

Die Union schuf die klassenlose Gesellschaft

Bei der 11. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft dankte der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, den Sozialausschüssen, daß sie der grassierenden Versuchung widerstanden haben, mit massiven materiellen Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Der Geschäftsführende Vorsitzende erklärte in seiner Rede, über die „Union in Deutschland“ in der letzten Ausgabe kurz berichtete, u. a.:

„Sie haben sich ein sehr anspruchsvolles Thema für ihre Kundgebung gestellt. ‚Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland‘. Darin liegt ein überzeugendes Bekenntnis der christlich sozialen und christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft zu der entscheidenden und wichtigsten Aufgabe deutscher Politik.“

Ich danke Ihnen besonders dafür, daß sie der heute grassierenden Versuchung widerstanden haben, unmittelbar im Schatten der Bundestagswahl mit massiven materiellen Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten. Diese Ihre heutige Bundestagung, sie ist ein Beweis dafür, daß christlich soziale Politik mehr ist als das Durchsetzen von Forderungen; mehr sein will und bleiben muß als die Vertretung gruppenbedingter Interessen. Ihre Haltung ist eine Mahnung an alle Schichten und Gruppen unseres Volkes, nicht in der Forderung nach dem Mehr, sondern in der Unterordnung unter unsere großen nationalen Aufgaben, den Sinn und Auftrag der Politik zu sehen; in der Unterordnung vor allem unter unsere entscheidende Aufgabe, Deutschland in Freiheit wiederzuvereinen. Nicht müde zu werden, immer wieder neue Impulse dieser Politik der deutschen Wiedervereinigung zu geben, ist unser Ziel.

Jahrhunderte haben geschrieben von der großen Idee der klassenlosen Gesell-

schaft. Die Union hat diese Idee Wirklichkeit werden lassen. Aber nicht in jenen Vorstellungen wie sie die Sozialisten und vor allem die Kommunisten konzipiert haben. Wir haben diese Idee verwirklicht ohne Unterwerfung, ohne Zwang. Die Politik Ludwig Erhards, sie hat die Klassen, hat das Denken in Klassen überwunden und damit einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Befriedigung geschaffen. Die alten Klassen gibt es nicht mehr; wir alle sind gleichberechtigte und gleichverpflichtete — und ich möchte das letztere betonen — Bürger eines freiheitlichen, eines sozialen Rechtsstaates. Alles das haben nicht die Sozialisten zu erreichen vermocht, die sich früher einmal rühmten, Arbeiterpartei zu sein, heute aber in ihrem Opportunismus nicht einmal bereit sind, sich dazu zu bekennen.“

Permanenter Wahlkampf

SPD-Public Relations auf Kosten der Steuerzahler

Unser Nachbarland Hessen, genauer gesagt, deren sozialdemokratische Landesregierung gilt als Musterbeispiel höchst aktiver und unverfrorener Eigenwerbung.

So können die Hörer des Hessischen Rundfunks beispielsweise Tag für Tag mehrmals über die Ätherwellen das Erstaunliche vernehmen, daß ihr Minister X wiederum 2000 DM zum Bau eines Speiseaufzugs, der Minister Y 5000 DM für den Ankauf einer Beleuchtungsanlage usw.

bewilligt habe; Vorgänge also, die im Rahmen der Etatberatungen jährlich vom Parlament festgelegt und nun vom Minister unter tönendem Eigenlob Stück für Stück propagandistisch verhökert werden.

Damit nicht genug. Die massive Eigenpropaganda schießt immer üppiger ins Kraut. Jetzt liefert das Sozialministerium den Zeitungen fertige Zeitungsseiten mit Bild und Namensartikel des Ministers und dem Holzhammerhinweis, was, in welcher Zeit und mit welchen Kosten vom betreffenden Minister gebaut, geredet, gedacht, in jedem Fall aber „vollbracht“ worden ist. Die Redaktionen ziehen aus dieser Aktion zusätzlichen Gewinn, denn diese Seiten kosten sie keinen Pfennig, sie werden frei Haus als Matern geliefert.

Dazu benötigt man natürlich Personal. Erkundigt man sich bei Wiesbadener Journalisten, wieviel Bedienstete in den Ministerien und in der Staatskanzlei für die Öffentlichkeitsarbeit tätig sind, dann erfährt man die erstaunliche Tatsache, daß man es etwa mit 30 Bediensteten zu tun hat. Allein die Pressestelle des Innenministeriums ist ein Sechs-Mann-Betrieb. Die Redaktion des der Staatskanzlei angeschlossenen „Hessendienst“ ist mit einem guten halben Dutzend Leuten besetzt. Dennoch ist der „Produktionsausstoß“ an offizieller sachgerechter Unterrichtung vergleichsweise gering. In erster Linie geht es darum, bestimmte SPD-Persönlichkeiten propagandistisch herauszustellen; also um nicht weniger, als um den vom SPD-Alt kandidaten Willy Brandt vor 3½ Jahren angekündigten, in Hessen aber bereits viel länger geführten, „permanenten Wahlkampf“. Finanzieren müssen ihn die Steuerzahler.

Tatsachen verschwiegen

CDU-Landesverband Schleswig-Holstein kritisiert Brandt

Der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein hat dem SPD-Vorsitzenden Brandt anläßlich seiner „Informationsreise“ durch das nördlichste Bundesland vorgeworfen, wieder einmal Tatsachen verschwiegen zu haben. Seine Ansprachen wurden als „Meisterleistungen der Unverbindlichkeit“ bezeichnet.

In einer Stellungnahme der CDU/CSU heißt es dazu u. a. weiter:

„Brandt hat behauptet, die SPD habe genaue Pläne für den Etatausgleich und die Finanzpolitik der kommenden vier Jahre fertig. Dagegen hat der Finanzexperte der SPD, Dr. Alex Möller, am 5. Juli in Bonn vor der in- und ausländischen Presse auf konkrete Fragen nach einem Finanzplan lediglich erklären können: ‚Wir werden von Monat zu Monat mehr sagen müssen, klarer werden müssen.‘ Möller bat die Journalisten, doch ‚ein Gefühl dafür zu haben‘, wenn die SPD jetzt nichts über die Finanzierung ihrer Politik sagen könne.“

In Schleswig-Holstein glaubte Willy Brandt sich offenbar weit vom Schuß. Als er den Arbeitern und Rentnern versprach, für die Stabilität der D-Mark sorgen zu wollen, verschwieg er die Tatsache, daß

allein die Arbeiter jährlich 897 Millionen Mark mehr aufzubringen haben werden, weil die SPD jetzt in Bonn die Erhöhung der Einkommensgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung — mit Hilfe der FDP — durchgesetzt hat.

Brandts Worte von der ‚zu großzügigen Ausgabenpolitik‘ verschwiegen die Mitwirkung der SPD an dieser Politik und die Tatsache, daß die Forderungen der SPD im Bundestag in den Vorwahljahren 1963/64 eine Mehrbelastung von rd. 4 Milliarden Mark ausgemacht hätten.

Wie die von der SPD plötzlich entdeckte Verantwortlichkeit für die Staatsfinanzen aussieht, hat der Oppositionsführer im Kieler Landtag in Zusammenhang mit neuen SPD-Forderungen umrissen: ‚Die Frage, wie das bezahlt werden soll, stellen Sie bitte ans ich selber.‘“

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Über Weichmann (SPD) empört

Hamburgs SPD-Bürgermeister zeigen kein Geschick im Umgang mit den Heimatvertriebenen. Nachdem er inzwischen zurückgetretene Dr. Nevermann Anfang des Jahres praktisch den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete gefordert hatte, zeigte sich auch sein Nachfolger, Prof. Weichmann, bei der Beratung der 18. Novelle im Bundesrat ausgesprochen vertriebenenfeindlich. Er lehnte die Zustimmung mit der Begründung ab: „Heute ist es wichtiger, für die dringenden Aufgaben der Zukunft wie etwa die Wissenschaftsförderung Sorge zu tragen, statt noch einmal ein Stück Vergangenheit beklagen zu wollen“. Über diese Erklärung sind die Vertriebenen zu Recht empört.

Neue Kritik an Grass

Bundesvertriebenenminister Ernst Lemmer und die CSU-Landesleitung haben den Schriftsteller Günther Grass, der sich auf einer Propagandareise für die SPD und seinen Freund Willy Brandt befindet, wegen seiner umstrittenen ostpolitischen Erklärungen (siehe UID Nr. 28/65) scharf kritisiert. Aus Protest gegen die Verzichtserklärungen Grass auf die deutschen Ostgebiete haben der CSU-Landtagsabgeordnete Prinz Konstantin von Bayern und der Vorsitzende des CSU-Kulturausschusses, Hans Pflaumer, inzwischen auf die Teilnahme an einer Diskussion mit dem Schriftsteller verzichtet. Wegen der zunehmenden Proteste, auch aus den eigenen Reihen, hat der SPD-Vorstand inzwischen erklärt, Grass werbe aus eigener Initiative für die SPD. Auf die Fragen, warum auf diesen Veranstaltungen der Berliner Wirtschaftssenator Prof. Schiller, Mitglied von Brandts sogenannter Mannschaft, ebenfalls auftritt und sich nicht von Grass schon früher distanziert hat, ist die SPD bisher die Antwort schuldig geblieben.

Deutschen Standpunkt unterstützt

Auch die korsische Jugend würde nicht auf ihre Heimat verzichten. Deshalb hat sie volles Verständnis dafür, wenn die deutschen Heimatvertriebenen ihr Recht auf die Heimat nicht aufgeben. Diesen Eindruck hat der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ferien- und Bildungswerks, der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Scholz gewonnen, der dieser Tage von der Besichtigung eines deutsch-französischen Jugendlagers in Miamo (Korsika) zurückkehrte. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Landesleiter der Deutschen Jugend des Ostens in Nordrhein-Westfalen, Guntram Kuse, und einem Vertreter des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße führte Scholz auf Korsika zahlreiche Gespräche über Vertriebenenprobleme.

Appell der Exil-Ungarn

Freilassung der politischen Gefangenen gefordert

Die deutschen und amerikanischen Verbände der ehemaligen ungarischen politischen Gefangenen haben an die Regierungen der westlichen Welt appelliert, nur dann dem kommunistischen Ungarn wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, wenn dadurch den über 63 000 nach Sibirien verschleppten Ungarn die Rückkehr in die Heimat gestattet wird und die politischen Gefangenen in Ungarn aus den Gefängnissen entlassen werden.

Wie aus einem Memorandum hervorgeht, das in der vergangenen Woche von Dr. Georg Graf Széchenyi (Bad Godesberg) und Dr. Béla Fabian (New York) der Öffentlichkeit übergeben wurde, hat das Kadar-Regime noch immer nicht sein Versprechen erfüllt, die letzten 463 Gefangenen aus dem Budapester Zentralgefängnis zu entlassen, die im Zusammenhang mit der Revolution von 1956 festgenommen worden sind. Zu ihnen gehören acht junge Männer, die 1956 nur deshalb nicht hingerichtet worden waren, weil sie noch zu den Jugendlichen zählten. 142 Minderjährige, so steht es im Memorandum, sind nach 1956 gehängt worden.

Die Zahl der ungarischen Freiheitskämpfer, die nach der von den Sowjets blutig niedergeschlagenen Revolution nach Sibirien deportiert wurde, beträgt nach den Angaben der Exil-Ungarn 75 000. 12 000 seien wegen Arbeitsunfähigkeit wieder freigelassen worden. Die übrigen 63 000 werden in Sibirien

zurückgehalten. Erst vor zwei Jahren seien sie gezwungen worden, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie freiwillig in der Sowjetunion blieben, „um an dem Aufbau des Sozialismus mitzuwirken“.

Dr. Fabian, der sich gegenwärtig auf einer Europa-Reise befindet, um auf die Not der politischen Gefangenen in Ungarn aufmerksam zu machen, schilderte insbesondere den Fall des Journalisten Tibor Bake. „Er ist zum Tode verurteilt worden, weil er die Freilassung der Gefangenen gefordert hat“, erklärte Fabian.

Das Kadar-Regime habe ihn unter dem Druck der Weltöffentlichkeit zu 15 Jahren Haft begnadigt. Es sei inzwischen aber bekanntgeworden, so sagte Dr. Fabian, daß die kommunistischen Machthaber den Journalisten verhungern lassen wollten, um ihn für immer zum Schweigen zu bringen. Er forderte die ganze freie Welt auf, gegen dieses Verbrechen zu protestieren.

Publizisten gedankt

CDU-Landesvertriebenenausschuß Westfalen-Lippe tagte in Herford

Gegen Meinungsumfragen zur Frage der Oder-Neiße-Gebiete, die leicht manipuliert werden und daher dem deutschen Rechtsanspruch schaden können, haben sich auf der Landestagung des Vertriebenen- und Flüchtlingsausschusses des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe in Herford dessen Vorsitzender, der Landtagsabgeordnete Paul Scholz, und der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße, Josef Stingl, ausgesprochen.

Stingl erklärte, er halte insbesondere die Frage für unzulässig, ob die Vertriebenen in die Unfreiheit zurückkehren wollten. Der Abgeordnete forderte alle auf, die leichtfertig auf die deutschen Ostgebiete verzichten, endlich die Realität zur Kenntnis zu nehmen, daß die Vertriebenen mit friedlichen Mitteln das von den Sowjets und ihren Satelliten verletzte Recht wiederherstellen wollen.

Scholz wandte sich gegen die „Report“-Sendung des Deutschen Fernsehens, in der das „ganz besonders infame Fazit gezogen“ wurde, daß nur „die Dummen noch zur alten Heimat halten“. Den Autoren der Sendung empfahl er, die Tatsachen zu akzeptieren, daß die Zahl der Teilnehmer an Vertriebenentreffen zunimmt und die Beteiligung der Jugend daran immer stärker wird.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Windelen warnte davor, die Ergebnisse der Meinungsumfragen zu Vertriebenenfragen — seien sie manipuliert oder nicht — auf die leichte Schulter zu nehmen. Er führte das Ergebnis des in „Report“ veröffentlichten Tests darauf zurück, daß die Jugend mangelhaft über

die Fragen der deutschen Ostgebiete unterrichtet wird, und daß es bei vielen Menschen in der Bundesrepublik an Rechts- und Geschichtsbewußtsein sowie an nationaler Würde fehlt.

Der Vertriebenenausschuß verabschiedete einstimmig eine Entschließung, in der zu allen Fragen Stellung genommen wird, die die Vertriebenen und Flüchtlinge betreffen. Darin wird auch den Publizisten gedankt, „die in Wort und Bild die Kenntnis des deutschen Landes jenseits des Eisernen Vorhangs wachhalten und vertiefen“.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Vertrauensarzt ohne Vertrauen

CDU Cuxhaven fordert Sozialministerium zum Eingreifen auf

Der CDU-Kreisverband Cuxhaven hat den niedersächsischen Sozialminister Partzsch (SPD) in einem Offenen Brief aufgefordert, endlich im Fall des Cuxhavener Vertrauensarztes Dr. Gravenkamp einzugreifen.

Die Cuxhavener CDU bezieht sich dabei auf einen Skandal, der nicht nur in der Elbestadt und in den angrenzenden Landkreisen beträchtlichen Wirbel ausgelöst, sondern auch in Zeitungsschlagzeilen wie „Cuxhavens Vertrauensarzt will alles sehen“ (Braunschweiger Zeitung, 17./18. Juli) und „Nackt zum Vertrauensarzt“ (Hamburger Abendecho, 17. Juli) seinen Niederschlag gefunden hat.

Es geht — schlicht gesagt — darum, daß die freipraktizierenden Ärzte Cuxhavens schon vor Wochen eine Dienstaufsichtsbeschwerde bei Minister Partzsch eingereicht haben, in der über Dr. Gravenkamp u. a. geschrieben wurde: „Jeder Kranke, auch wenn er nur an Ohrenschmerzen leidet, muß sich vor dem Cuxhavener Vertrauensarzt splitternackt ausziehen“. Dem Vertrauensarzt wurde weiterhin vorgeworfen, Patienten einer unverantwortlich hohen Strahlenbelastung ausgesetzt zu haben.

Die CDU sieht in dem Verhalten des Arztes eine medizinisch völlig unbegründete Verletzung des Schamgefühls der zur vertrauensärztlichen Untersuchung bestellten Patientinnen und Patienten, „was einem unstatthaften Eingriff in die durch das Grundgesetz gesicherte Intimsphäre des Staatsbürger gleichkommen würde“.

In dem am 8. Juli veröffentlichten Offenen Brief wird darauf hingewiesen, daß der Minister die Beschwerde der Cuxhavener Ärzte an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt als „der eigentlich zuständigen Stelle“ habe weiterleiten lassen. Es lag jedoch noch nicht einmal eine Stellungnahme bzw. Zusiche-

rung des Ministers Partzsch vor, daß die schweren Vorwürfe nachgeprüft werden. Der Sozialminister habe so die Entscheidung praktisch den Beschuldigten überlassen.

Der Nächste bitte

SPD-Oberstadtdirektor verlor die Gunst seiner Genossen

In Duisburg findet zur Zeit eine heftige Fehde zwischen dem Oberstadtdirektor Gerhard Bothur (SPD) und seiner eigenen Ratsfraktion statt, die gern den Beigeordneten Dr. Caumanns auf den Schild heben will. Damit hätte Gerhard Bothur seine Schuldigkeit getan. Das bunte Karussell sozialdemokratischer Personalpolitik könnte sich weiter drehen.

Wie schnell selbst ein hoher SPD-Mann vom Throne stürzen kann, scheint sich am Fall des Duisburger Oberstadtdirektors Bothur wieder einmal zu bestätigen. Bothur, der vor fünf Jahren ohne Billigung der CDU und FDP, allein mit den Stimmen seiner Parteifreunde auf seinen Amtstuhl gesetzt worden war, mußte sich jetzt auf einer Hauptausschußsitzung ungewöhnlich scharf vom SPD-Ratsherrn Josef Thomé attackieren lassen.

Die Hintergründe dieser Zwistigkeiten muß man Zeitungsberichten zufolge in dem Wunsche Thomés nach einem Beigeordnetenamt sehen. Demnach scheint auch die Ausbootung des Oberstadtdirektors eine beschlossene Sache zu sein, ein Trostpflasterchen hat man für den 60jährigen auch schon bei der Hand: Eine Anwartschaft auf ein SPD-Landtagsmandat, das eine Pensionierung überflüssig machte.

Der Offene Brief schließt mit zwei präzisen Fragen an Partzsch:

- Glauben Sie, daß es angängig ist, wenn ein so beschuldigter Arzt des vertrauensärztlichen Dienstes der LVA in Niedersachsen, der nach seinen eigenen Worten in ein „Verfahren“ dieser Art verwickelt wird, weiterhin der Bevölkerung als Vertrauensarzt zugemutet wird?
- Was beabsichtigen Sie, Herr Minister, in dieser Angelegenheit zu unternehmen?

Zu diesem sozialdemokratischen Bruderkampf in Duisburg schreibt die „Rheinische Post“ vom 10. 7. 1965:

„Es stellt sich die Frage, wie lange der Oberstadtdirektor noch ohne die Unterstützung seiner ‚Fraktion‘ zwischen den Wünschen des Rates und der Realität des städtischen Haushalts balancieren kann.“

Auf diese Umschichtung in der Stadtverwaltung wartet Heinz Josef Thomé. Nachdem seine Bemühungen um den Posten eines Gesundheitsdezernenten vor zwei Jahren erfolglos waren, winkt ihm jetzt das Amt des Beigeordneten für Wohnungswesen, städtische Wohnungswirtschaft, Wohnungsbauförderung, Feuerwehr, Schlacht- und Viehhöfe, Leihamt, Wirtschaftsförderung und Stadtwerke. Die Aufzählung macht deutlich, daß dieses Dezernat einen qualifizierten Verwaltungsfachmann verlangt.

Der erst im vergangenen Jahr aus Moers importierte Beigeordnete Dr. Caumanns ist Anwärter auf beide freiwerdenden Ämter an der Verwaltungsspitze. Sicherlich wird er nach dem Ausscheiden von Dr. Giere das Finanzressort übernehmen und sicherlich wird ihn die SPD auf den freiwerdenden Stuhl des Oberstadtdirektors heben wollen. Dabei allerdings mit Widerstand der CDU-Fraktion zu rechnen, die keinen stark engagierten Parteimann der SPD als Oberstadtdirektor akzeptieren möchte.“

„Empörung über Volkssärge“

Eine makabre Aktion der neutralistischen „Ostermarschierer“

In Hanau herrscht berechtigte Empörung über eine sogenannte Protestaktion der neutralistischen „Ostermarschierer“ gegen die Notstandsgesetzgebung. „Ostermarschierer“ verteilten am 10. Juli Flugblätter mit dem Text eines eigens von ihnen geschaffenen „Bundessargbevorratungsgesetzes“ und stellten denn auch gleich drei „Volkssärge“ aus.

Erinnern wir uns, gerade in Hessen wird die „Ostermarsch“-Bewegung trotz offizieller Warnung von Seiten des SPD-Bundesvorstandes wegen kommunistischer Unterwanderung besonders eifrig von Sozialdemokraten und Jungsozialisten gefördert. Zu ihnen gehören der „Jungsozialisten“-Unterbezirk Frankfurt ebenso wie die SPD-Landtagsabgeordneten Olaf Radke (Offenbach), Philipp Pless (Frankfurt) und Heinrich Weiß (Hofheim) sowie der Stadtverordnete Geller (Marburg) und die SPD-Vorstandsmitglieder Büsche und Dr. Drechsler (Marburg) und Dr. Schäfer (Hochheim).

Man geht daher sicher nicht fehl in der Annahme, daß zumindest ein Teil dieser SPD-Genossen und ihres politischen Nachwuchses auch hinter der makabren Aktion der „Ostermarschierer“ steht, vor der von den verschiedensten Seiten immer wieder wegen der Gefahr kommunistischer Unterwanderung gewarnt worden ist.

nistischer Unterwanderung gewarnt worden ist.

Vor allem alte Leute wurden durch die Hanauer „Ostermarschierer“ irregeführt und in Angst versetzt durch das Flugblatt, in dem es sarkastisch u. a. heißt: „Persönliche Opfer lassen sich bei der Herstellung der Verteidigungsbereitschaft nicht ganz vermeiden“.

So berichtete der „Hanauer Anzeiger“ am 12. Juli u. a.:

„Am bedauernswertesten waren jene Mitmenschen, die Särge und Reklame für bare Münze nahmen. Manche hielten die Aktion tatsächlich für eine von der Bundesregierung angeordnete Aufklärung und Anregung. Da kam beispielsweise ein Mütterchen an den Stand und erkundigte sich: ‚Kann ich meinen Volkssarg auch in Raten bezahlen?‘ Sie schilderte gleich ihre Rentensituation und erkundigte sich, ob das Sozialhilfeamt der Stadt ihr auch einen Zuschuß gewähre.“

Familienpolitische Bilanz

Eine familienpolitische Bilanz zog die CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Pitz-Savelsberg vor dem Bund der Kinderreichen in Schleswig. Es wurde auf die vielfältigen Maßnahmen hingewiesen, durch die aufgrund der Initiative von CDU und CSU sowie der Bundesregierung der materielle Familienlastenausgleich wirkungsvoll ergänzt wird. Frau Dr. Pitz-Savelsberg führte aus, daß die Familienpolitik als neuer Zweig der Sozialpolitik in den letzten Jahren schnell weiter entwickelt wurde, wobei die ursprünglichen Widerstände weitgehend abgebaut werden konnten. In dieser Zeit sind die Aufwendungen für Kindergeld und Ausbildungszulagen um das Sechsfache gestiegen. Die Aktivität der Unionsparteien und der Bundesregierung wurde dankbar anerkannt.